



Informationsbrief

Weltwirtschaft & Entwicklung

Hg. v. Elmar Altvater, Dieter Boris, Tatjana Chahoud, Hans-Joachim Döring, Rainer Falk, Thomas Fues, Bernd Hamm, Gunther Hilliges, Uwe Hoering, Hartwig Hummel, Jens Martens, Klaus Milke, Doris Peschke, Christoph Scherrer, Frithjof Schmidt, Herbert Schui, Heffa Schücking, Barbara Unmüßig, Peter Wahl, Christa Wichterich

Mittlerweile ist die Vorbereitung auf die Konferenz der Vereinten Nationen über nachhaltige Entwicklung (kurz: Rio plus 20), die vom 20.-22. Juni 2012 in Rio de Janeiro stattfindet, in vollem Gang. Kaum eine Woche vergeht, in der nicht neue Dokumente präsentiert werden, die in den Konferenzprozess eingespeist werden wollen. Doch zeigen sich große weiße Flecken auf der „Straßenkarte nach Rio“. Viel ist die Rede davon, mit Grüner Ökonomie und nachhaltiger Entwicklung jetzt endlich Ernst machen zu wollen, wenig jedoch davon, welche weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Strukturformen es dazu braucht. Überhaupt nicht thematisiert werden die Zusammenhänge und Verknüpfungen zwischen den aktuellen Finanzkrisen und der sich verschärfenden Umweltkrise. Allenfalls wird danach gefragt, wie Klimaschutz und Umweltpolitik mit dem Finanzsystem kompatibel zu machen wären. Wie sich Finanzkrisen und Umweltkrisen 20 Jahre nach Rio gegenseitig verstärken, ist das Thema von Elmar Altvater. In Zeiten der Globalisierung, so sein Fazit, lassen sich Alternativen nur dann finden, wenn die multiple Krise in ihrem systemischen Zusammenhang analysiert wird.

Zerstobene Verheißungen:

Finanz- und Naturkrisen 20 Jahre nach Rio

Vor gut zwei Jahrzehnten begann nach dem Ende des real existierenden Sozialismus die Serie von Weltkonferenzen, darunter auch als eine der ersten 1992 die UN-Konferenz zu Umwelt und Entwicklung (UNCED) in Rio de Janeiro, mit denen der nach 1989 „Einen Welt“ ein Rahmen globaler Politikgestaltung gegeben werden sollte. „Menschliche Entwicklung“ sollte durch „Global Governance“ gefördert werden. Sogar die Transnationalen Konzerne sollten als große „Global Player“ im Rahmen eines „Global Compact“ zu „Corporate Social Responsibility“ veranlasst werden. Der Schutz der Menschenrechte, größere Gleichheit der Einkommen und Lebenschancen, menschliche Sicherheit durch den Schutz öffentlicher Güter, darunter in erster Linie der natürlichen Umwelt, waren das erklärte Ziel. Die globalisierte Welt sollte eine gerechte Welt werden, in der auch zukünftige Generationen noch „gut leben“ könnten.

Falsche Versprechen

Doch die Versprechen waren falsch, und die Erwartung war naiv. Kaum ein Jahrzehnt nach dem Ende des Kalten Krieges wurde der Krieg gegen den Terrorismus eröffnet, und Hunderttausende sind da-

rin bis heute umgekommen. Die Folter ist in „postmodernen“ Zeiten in die globalisierte Welt zurückgekehrt. Der Mensch als nackte, rechtlose Kreatur (als „homo sacer“) ist nicht Geschichte, keine monströse Ausnahme, sondern in Guantanamo legalisiert. Die Globalisierung der Märkte, insbesondere der Finanzmärkte, ermöglichte den Finanzmarktakteuren, mit Finanzinnovationen hohe Gewinne zu machen, damit aber auch die prinzipielle Instabilität von Finanzmärkten enorm zu steigern und eine Welle von Finanzkrisen, eine verlustreicher als die andere auszulösen. Nach der Asienkrise von 1996, die Russlandkrise 1998, die Argentinien-Krise 2000, die New Economy-Blase 2001, dann die Subprime-Immobilienkrise bis 2007, die Bankenkrise mit dem Höhepunkt der Lehman-Pleite 2008, schließlich die verheerende Staatsschuldenkrise in Europa seit 2010 und die Währungskrise, die sich mehr und mehr zu einer globalen Hegemonialkrise zuspitzt.

Zur Bewältigung der daraus resultierenden Konflikte reichen die Maßregeln der „global governance“ oder der vom Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderung (WBGU) entworfene „Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“ nicht. Um den Primat der Politik herzu-

stellen oder um gar einen globalen Gesellschaftsvertrag zu schließen, müssten die Märkte, vor allem die Finanzmärkte, „entwaffnet“, also politischen Regeln strikt unterworfen werden. Wenn dies nicht geschieht, sorgt die ökonomische Krise ebenso wie der von der EU beschlossene „Krisenmechanismus zur Wahrung der Finanzstabilität“ dafür, dass die Umverteilung von unten nach oben fortgesetzt wird wie schon in den Jahrzehnten zuvor. Nicht eine gerechtere Welt ist das Ergebnis, sondern eine zutiefst gespaltene Welt.

„Die Globalisierung gerecht gestalten“ ist angesichts der empirischen Befunde über Einkommensverteilung, Beschäftigungsentwicklung, Umweltverbrauch und eingedenk der schweren Krise, in der sich insbesondere der Euroraum befindet, entweder ein Hohn, über den „die Hühner lachen“, oder die Aufforderung, die Verhältnisse grundlegend umzuwälzen. Aber weder das eine, noch das andere steht irgendwo auf der Agenda; Hühnerhof und Revoluzzertum sind gleichermaßen fernliegend. In Europa sind vielmehr alle Energien und Fantasien darauf gerichtet, die schwere Finanzkrise zu überwinden und sich vor der heraufziehenden Energie- und Klimakrise zu



schützen. Die Krise der Biodiversität und daher der Evolution des Lebens wird von uns wahrgenommen, wenn die Milliarden Hungerigen protestieren und dann und wann rebellieren.

Ansteckungsgefahr

Im Jahre 2010 war es Irland, das sich zunächst gegen europäische Hilfe zur Bewältigung der Finanzkrise des Landes sträubte, dem aber dann 85 Mrd. € aus dem Rettungsfonds von 750 Mrd. geradezu aufgedrängt wurden. Denn eine Staatspleite war abzuwenden, die auch in Portugal, Spanien, Griechenland, Belgien und Italien drohte. *Principiis obsta!* Die Finanzkrise war inzwischen von Asien und Lateinamerika, eine verheerende Heerstraße durch den US-Immobilien-sektor nehmend, als Staatsschuldenkrise

in Europa angelangt und drohte, den Euro zum Absturz und das „europäische Haus“ zum Einsturz zu bringen.

Globalisierung steigert die wechselseitige Abhängigkeit. Die Gefahr des „contagion“, der Ansteckung mit den gefährlichen Krisenkeimen, ist groß, zumal die neoliberalen Quacksalber nur Rezepte kennen, mit denen die in einer Marktwirtschaft unvermeidliche Verwundbarkeit nicht geheilt werden kann.

Also bleiben nur die von der öffentlichen Hand garantierten hunderte von Milliarden Euro. Diese dienen freilich zu allererst den als „systemrelevant“ erklärten europäischen Großbanken. Faule bzw. „toxische“ Papiere, die die Banken selbst im globalen Spielcasino „originiiert“ haben, werden in „bad banks“ entsorgt. Bürgschaften werden ausgeteilt, und das verspekulierte Haftungskapital wird ersetzt.

Das Hilfspaket entpuppt sich also als eine Aktion zur Rettung der großen Banken, es hat einen *haut gout* der Korruption und des Betrugs, zumal mit den großen Banken die großen Vermögen gesichert werden, die bei ihnen diskret lagern und mit denen sie rentierlich zu Gunsten der Geldvermögensbesitzer „arbeiten“. Sie drehen mit Regierungsunterstützung das ganz große Rad der Spekulation, und sie überrollen damit ganze Länder und Gesellschaften, die nun ihre öffentlichen Schulden haben so sehr ausweiten müssen, dass selbst große Länder im Euro-Raum über den Rand der Zahlungsunfähigkeit in den Abgrund, in den der seinerzeitige Finanzminister Steinbrück 2008 nach der Lehman-Pleite geschaut hatte, stolpern können.

Die Krise auf dem „Peak everything“

Bewährter Finanzmechaniker des in Europa beschlossenen Krisenmechanismus ist der Internationale Währungsfonds (IWF), zu Hilfe gerufen von den EU-Gewaltigen, insbesondere von der deutschen und französischen Regierung. Der IWF hat schon in seinem in den 1980er Jahren ausgearbeiteten Regelwerk zur Bewältigung der Schuldenkrise – damals der „Dritten Welt“ – von den Schuldnerländern ein hartes Austerity-Regime der Kürzungen im Sozialetat, der Währungsabwertung zur Erhöhung der Exporteinnahmen und der Senkung von Lohnkosten verlangt – und durchgesetzt. Das sollte im Konsens geschehen, im „Konsens von Washington“. An diesem Konzept waren neben IWF und Weltbank die US-Regierung, die Wall Street-Banken, die Think Tanks in Washington beteiligt. Dieser Konsens hat bis heute in den damit traktierten Ländern einen bösen Klang. Denn die Finanzmarktakteure haben Staaten und Gesellschaften in Geiselschaft nehmen können und den Krisenmechanismus als Umverteilungsmaschine von unten nach oben, von Schuldnern zu Gläubigern, von Steuerzahlern zu als „systemrelevant“ erklärten Finanzinstituten in Gang gesetzt.

Der Konsens war immer schon faul, auch in den 1980er Jahren, als er erfunden

wurde. Heute ist das erst recht so, gerade in Europa. Das sowieso brüchige „europäische Sozialmodell“ wird abgerüstet, die „europäische Wirtschaftsregierung“ als deutsch-französisches Diktat gestaltet, die Ungleichgewichte zwischen den Partnerländern im Euro-Raum aber bleiben.

Und das ist nicht alles. Denn die schwerste Finanz- und Wirtschaftskrise seit Beginn der 1930er Jahre findet auf einem „Gipfel“ statt, auf dem „Peak everything“ (Heinberg 2007): d.h. in Sichtweite der schwindenden Reserven von Öl und von anderen Rohstoffen, bedroht von „ungewöhnlichen Wetterereignissen“ infolge der heraufziehenden Klimakatastrophe und von immensen und zwar irreversiblen Verlusten an Biodiversität. Die Versorgung von Milliarden Menschen mit Nahrungsmitteln ist nicht mehr gesichert, der Hunger treibt sie, wie man auch in den reichen Industrieländern beobachten kann, an die Abfallcontainer auf der Straße, die sie nach Wertstoffen durchwühlen, oder zum Protest auf die Straße und Plätze wie in der arabischen Welt. Dabei weiß heute niemand, wie die globalen Öko- und Sozialsysteme reagieren, wenn der CO₂-Eintrag in die Atmosphäre auch in Zukunft entgegen den Abkommen nach Rio 1992 und Kyoto um jährlich 6 Prozent zunimmt, wie im Jahr 2010.

Über den Hunger in der Welt kann man nicht mehr sprechen, ohne sich mit den „Finanzinnovationen“ der Finanzmärkte, mit der Spekulation auf steigende Nahrungsmittelpreise zu beschäftigen. Klimapolitik kann man mit marktbasierter Instrumenten nicht machen, ohne sich über die verwendeten Finanzprodukte (CO₂-Zertifikate) und über die damit angeheizte Finanzspekulation zu unterhalten. Öl-Futures erlauben die Spekulation auf die zukünftige Ölpreisentwicklung. Die Finanzinnovationen der vergangenen Jahrzehnte, in denen die Finanzmärkte liberalisiert und daher globalisiert worden sind, haben dazu beigetragen, dass die Renditen der Finanzinvestoren ebenso extrem gesteigert worden sind wie der Schuldendienst, der an die Geldvermögensbesitzer abzuführen ist. Auch nicht-finanzielle Einkünfte, also Löhne und Gehälter, sind weit hinter den Nicht-Arbeitseinkommen zurückgeblieben. Die Einkommensschere hat sich geöffnet, wie der IWF oder das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) und die OECD im Dezember 2011 mit entsprechenden empirischen Daten darlegen.

Es ist also ein empirisches Faktum, dass während der Jahrzehnte der Globalisierung die Ungleichheit in der Welt nicht kleiner, sondern größer geworden ist. Ja, sie ist so viel größer geworden, dass sie als ungerecht empfunden wird. Dafür ist auch die Gier verantwortlich, die einzelne Finanzmanager hat jede Rücksicht auf gesellschaftliche Normen vermissen lassen, vom Anstand des „ehrbaren Kaufmanns“ bis zur Rücksichtnahme auf eine Ausgeglichenheit der Belastung von Bürgerinnen und Bürgern. Besonders übel wird die Gier auch deshalb

wahrgenommen, weil sie so völlig unangebracht und unverständlich ist – angesichts der vielen Peaks, die von geplünderten Ressourcen künden, und angesichts der drohenden Klimakatastrophe, die die Richtung der Evolution des Lebens nachhaltig verändern wird (Altvater 2010).

„Mutter aller Krisen“: Westliches Produktions- und Konsummodell

Gesellschaften kollabieren nicht, wenn sie in eine schwere ökonomische und finanzielle Krise geraten. Im Gegenteil, die ökonomischen Krisen sind eine Art „Jungbrunnen“ des Systems; Joseph A. Schumpeter spricht ihnen die Kraft der „schöpferischen Zerstörung“ zu. Die Rentabilität des Kapitals wird gesteigert und seine soziale und politische Herrschaftsbasis erneuert.

Bei den menschengemachten Naturkatastrophen ist das anders. Diese Zerstörungen sind nicht reversibel, und ihnen folgt keine schöpferische Großtat. In der bisherigen Menschheitsgeschichte blieben in den ökologischen Katastrophen regionale oder lokale Kulturen auf der Strecke; die Gesellschaften auf den Osterinseln verschwanden, die Kulturen der Maya oder der Inka auch (vgl. Diamond 2006). In Zeiten der Globalisierung jedoch haben alle regionalen Krisenerscheinungen eine globale Reichweite; ein globaler Kollaps von Klima, Energieversorgung und Biodiversität und daher der Produktion von Nahrungsmitteln hätte nicht nur monetäre Verluste wie in der Finanzkrise zur Folge, sondern die Zerstörung menschlicher Lebensbedingungen, die Vernichtung von Menschenleben.

Die Industrieländer sind dafür hauptverantwortlich, dort befindet sich das Epizentrum der globalen Systemkrise, da residiert „die Mutter aller Krisen“: das Konsum- und Produktionsmodell der westlichen kapitalistischen Metropolen. Es verlangt hohe Zuwachsraten der Produktivität, ist auf Massenproduktion, folglich auf Massenkonsum ausgelegt. Es werden massenhaft Rohstoffe, fossile Energie, Landflächen verbraucht. Die Biodiversität wird monokulturell reduziert. Das sind Prozesse, die gemeinhin als Preis der „Globalisierung“ gelten.

Zugleich sind die Industrieländer die Machtzentren der globalisierten kapitalistischen Welt und hätten daher das Potential, der umfassenden Krise von Finanzen und Wirtschaft, von Natur und Gesellschaft entgegen zu steuern. Doch werden zwar mit eiligen politischen Interventionen und mit viel Geld die Feuer im Finanzsektor zu löschen versucht, doch sie glimmen weiter und ein kleiner Windstoß bläst sie erneut zum großen Flächenbrand an. So ist es 2011 geschehen, nur drei Jahre nach der größten Finanzkrise seit 80 Jahren, als die Investment-Bank Lehman Brothers zusammenbrach. Zur Bekämpfung der Brände in der reproduktiven Realwirtschaft, zur Schaffung von Arbeitsplätzen, zur Abkühlung des Treibhauses Erde oder bei der Energie- und Nah-

rungsmittelversorgung steht Geld hingegen nur unzureichend zur Verfügung. Da sind die bei der Rettung sog. systemrelevanter Bankhäuser so freigebigen Finanzminister auf einmal knauserig.

Die Ursachen der tiefsten Finanzkrise in der Geschichte des Kapitalismus reichen bis in die 1970er Jahre zurück, als nach dem Kollaps des Bretton-Woods-Systems fixierter Wechselkurse die Finanzmärkte liberalisiert und politische Regeln systematisch dereguliert wurden. Die weltweite Konkurrenz der Finanzstandorte wird mit hohen Renditen und Zinsen ausgetragen, so dass seit dieser Zeit die Profite des Finanzsektors sehr viel schneller wachsen als die „reale Ökonomie“. Das gilt für die Finanztransaktionen im Vergleich zu Welthandel oder Direktinvestitionen ebenso wie für Geldvermögensbestände oder Bankgewinne im Vergleich zu den Profiten in der „realen“ Ökonomie.

Die Logik des „schnellen Geldes“, also Kurzfristigkeit der Planung, Unternehmensführung gemäß dem Shareholder-Value-Konzept und halblegale, manchmal kriminelle Machenschaften bestimmen nun das unternehmerische Handeln. Finanzinnovationen haben die Gewinne zusammen mit Prämien und Boni im Finanzsektor in den siebten Himmel katapultiert. Mit Hilfe der Hebelwirkung – eine mikroökonomisch rationale Methode – haben die Banken immer mehr Fremdkapital eingesetzt, um ihre Gewinne (Renditen des Eigenkapitals) zu steigern. Sie haben dabei Risiken in Kauf genommen, die der Vorsicht des „ehrbaren Kaufmanns“ Hohn sprechen und sogar die vom „Baseler Abkommen“ gesetzten Grenzen des haftenden Eigenkapitals nicht mehr respektierten. Man wickelt mit speziell für spekulative Geschäfte gegründeten „Zweckgesellschaften“ in die schwarzen Löcher der Weltwirtschaft, die Offshore-Finanzzentren aus, wo die Aufsicht, sofern überhaupt vorhanden, äußerst lax gehandhabt wird. Gesamtwirtschaftlich ist das alles irrational, da nun das Eigenkapital nicht mehr reicht, um die Risiken abzusichern, wenn diese denn eintreten. Und sie sind eingetreten. Das ist eigentlich ein Fall für den Konkursverwalter, doch kann man das Bankensystem nicht einfach zusammenbrechen lassen und sich – wie der Kaiser Nero im brennenden Rom am Inferno der ewigen Stadt – an den krachenden Banken und dummen Gesichtern der Ackerländer aller Finanzplätze erfreuen.

Von der Finanzkrise der Privaten zur Schuldenkrise der Staaten

Die gesamte Welt wird in den Krisenstrudel gezogen. Es zeigt sich, dass Renditen von 20% und mehr auf das Eigenkapital bei realen Wachstumsraten von 1 bis 2% (und weniger) die Ökonomie strangulieren und der Umwelt wegen des hohen Energieverbrauchs und der Auswirkungen der Emissionen auf das Klima irreparablen Schaden zufügen und die Welt in extrem reiche Prämien-, Boni- und Renditenbezieher und eine ebenso extrem wachsende Masse armer und

schlecht ernährter, ja hungernder Menschen spalten. Der Finanztsunami löst nicht nur verheerende Finanzkrisen aus, er zerstört gesellschaftliche Strukturen und bringt immer wieder die sowieso prekäre Machtbalance innerhalb der Nationen und zwischen ihnen durcheinander. Die Masseneinkommen bleiben in diesem tollen Karussell zurück.

Doch da die unmäßig hohen Forderungen des Finanzsektors real nicht dauerhaft bedient werden können, erweisen sie sich irgendwann als wertlos, die hohen Vermögenswerte sind illusionär, weil niemand die nach oben gejagten Forderungen auf Dauer zu bedienen vermag. Das im Finanzsektor angelegte Kapital ist, wie schon Marx analysiert hat, „fiktives Kapital“. Es entsteht ein immenser Abschreibungsbedarf auf verbrieft Forderungen, den niemand genau beziffern kann. Der IWF errechnete im Herbst 2009 2.800 Mrd. US-Dollar, die Commerzbank gibt bis zu 7.800 Mrd. US-Dollar an. Was ist fiktiv, was ist realistisch? Und wer kommt für die Verluste auf?

Die Finanzkraft der Staaten ist nämlich systematisch ausgehöhlt worden. Denn Banken und Unternehmen haben im Verein mit Beratungsinstitutionen, dem „wissenschaftlichen Sachverstand“, Medien, Rating-Agenturen und dem liberalen politischen Mainstream einen Wettbewerb um die niedrigsten Steuersätze (auf Kapital- und Finanzeinkünfte) ausgelöst, so dass in ganz Europa die Unternehmenssteuern abgesenkt worden sind, in Irland beispielsweise auf lächerliche 12,5%. Das war lukrativ für alle Unternehmen, und deshalb siedelten sich tausende auf der grünen Insel an. Irland wurde als „keltischer Tiger“ in den Himmel gelobt. Als aber die Regierung gezwungen wird, ihren Banken mit viel Geld, das sie nicht hat, unter die Arme zu greifen, explodierte das Staatsdefizit. In Irland lag das öffentliche Defizit 2007 noch bei 0%, zwei Jahre später, 2009 bei 14,4%. Für die Sozialisierung der privaten Schulden müssen nun die Bürger zahlen. Sozialleistungen werden gekürzt, für die materielle Infrastruktur stehen keine Mittel zur Verfügung, viele öffentliche Güter werden nicht mehr oder nur in minderer Qualität bereitgestellt: Gesundheitsversorgung, Altersvorsorge oder Bildung und Ausbildung fallen der Finanzkrise zum Opfer.

Daher ist es verfehlt, die öffentliche Verschuldung als ein Zeichen verantwortungslosen Haushaltens zu interpretieren. Sie ist vielmehr – Ironie der Geschichte – das Gegenteil: eine perverse Bedingung der Stabilisierung des privaten Finanzsystems. Den Banken geht es ja vor allem deshalb (noch) gut, weil sie von den Zentralbanken (das sind die theorienotorischen „lenders of last resort“) Geld zu sehr günstigen Konditionen erhalten, um es teuer an Staaten in Finanznot zu verleihen. Das sind die „borrowers of last resort“, ohne die keine Finanzgeschäfte zu machen wären. Diese bringen hohe Gewinne und Prämien für die Manager, und es ist fast risikolos, denn letztlich spannen die Mitgliedslän-

der des Euroraums für die Staatsschulden den Rettungsschirm des „Stabilitätsmechanismus“.

Kompatibel: Die Krisen des Naturverhältnisses

Den gibt es nicht gegen die inzwischen desaströsen Folgen der Verbrennung fossiler Energieträger. Deren Emissionen konzentrieren sich als Treibhausgase in der Atmosphäre. Der Konzentrationsgrad ist von vorindustriellen ca. 280 ppm auf heute etwa 390 ppm angestiegen. Das ist bereits das Maximum, wenn der Temperaturanstieg im Verlauf dieses Jahrhunderts die Marke von 2°C nicht überschreiten soll. Dieser Anstieg gilt als Grenze der beherrschbaren Folgen des Treibhauseffekts, aber er ist willkürlich festgelegt, und möglicherweise liegt die Grenze der Beherrschbarkeit tiefer. Für mindestens 80% der Treibhausgaskonzentration sind die alten Industrieländer in Nordamerika und Westeuropa verantwortlich. Auch heute noch stammt der größte Teil der Emissionen aus den Auspuffs und Schloten der „reichen“ Länder.

Der Anstieg der Erdmitteltemperatur hat bekanntlich größte Schäden zur Folge. Diese reichen vom Abschmelzen der Eiskappen an den Polen, dem Anstieg des Meeresspiegels, von Überflutungen küstennaher Gebiete, ausgedehnten Dürren mit Wüstenbildung bis zu ungewöhnlichen Wetterereignissen wie Hitze-Wellen oder zerstörerischen tropischen Stürmen und Überschwemmungen. Um diese Schäden einzudämmen, muss der CO₂-Ausstoß radikal reduziert werden. Ob dann aber das wirtschaftliche Wachstum so gesteigert werden kann, dass wieder Renditen von 20% auf Finanzpapiere zustande kommen, ist mehr als fraglich.

Fraglich ist auch die Geldbewertung der Folgen des Klimawandels. Mit der Kalkulation der Kosten des Klimawandels in Euro oder US-Dollar wird implizit unterstellt, dass die Schäden reversibel und durch entsprechenden Geldaufwand zu vermeiden oder, wenn sie denn geschehen sind, zu beheben seien. Doch in Geld lassen sich Umweltschäden oder Veränderungen der Ökosystem erstens nicht aufwiegen und zweitens nicht rückgängig machen. Die sog. Internalisierung externer Effekte bzw. von sozialen Kosten wäre, wenn überhaupt, nur möglich, wenn die Schäden (die externen Effekte, die sozialen Kosten) nicht kumulativ und auch nicht irreversibel sind. Eine wirkliche Prävention ist nur möglich, wenn das Energieregime von der Quelle (der Extraktion des Öls aus dem Boden) bis zur Senke (der Deponierung der Treibhausgase in der Atmosphäre) umgebaut wird.

Aber die Kalkulation der monetären Kosten des Klimawandels und des Naturschutzes hat den Vorteil, dass Geldvermögensbesitzern, die auf der Suche nach renditeträchtigen Anlagen sind, nun Rohstofffonds, Öl-Futures, Derivate von Rohstoffwerten, Fonds über Ackerfläche in Afrika oder Lateinamerika oder Emissionszertifikate (CO₂-Zertifikate) angeboten

werden können. Klima- und Umweltpolitik werden mit der Finanzspekulation kompatibel gemacht. Die Finanzspekulation wendet sich Rohstoffen und Nahrungsmitteln zu und übt so einen Einfluss auf die Preise fossiler Energie für die Motoren der Autos und auf die Preise von biotischer Energie für die Ernährung von Menschen sowie auf die Wirksamkeit von Klimapolitik aus (vgl. Exner u.a. 2011). Spekulative und – wie viele Beispiele zeigen – auch kriminelle Akteure gewinnen auf wenig regulierten Finanzmärkten einen beträchtlichen Einfluss auf Klima-, Energie- und Rohstoffpolitik und auf die Ernährungssicherheit von Milliarden Menschen. Das ist politisch verantwortungslos. Den Spekulanten kann nicht die Zukunft der Menschheit ausgeliefert werden.

Stau auf den Wegen aus der Krise

Wie kommt man aus der Krise heraus? Anders als vor 80 Jahren gibt es den keynesianischen Ausweg aus der Krise nicht. *Erstens* ist die Zinssouveränität der Zentralbanken in Zeiten der Globalisierung den weitgehend von privaten Akteuren gestalteten Finanzmärkten geopfert worden, und daher wären Versuche, das Zinsniveau der Geschäftsbanken mit Hilfe der Zentralbanken unter die „Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals“ zu drücken, zum Scheitern verurteilt.

Das ist keine schwierige Erkenntnis, denn die Staaten sind gefangen in der von Keynes gefürchteten Liquiditätsfalle: Die Zentralbankzinsen befinden sich bei 1% im Keller, und trotzdem wird nicht investiert, zumal die privaten Banken das billige Geld an die verschuldeten Staaten zu einem satten Zinssatz ausleihen und schöne Gewinne aus der Zinsdifferenz einfahren können. Sie wissen das Doppelspiel des „lenders of last resort“ und des „borrowers of last resort“ zu nutzen. Man müsste schon „mehr Protektionismus wagen“ und die Freiheit des Kapitalverkehrs beschneiden, um dieses Geschäft auf Kosten der Steuerzahler zu unterbinden.

Zweitens würde das nichts nutzen, weil Investitionen und Wachstum inzwischen an Grenzen stoßen, die im ersten Drittel des vergangenen Jahrhunderts jenseits des Horizonts der politischen Wahrnehmung lagen. Das sind die Grenzen der Ressourcen und der Aufnahmefähigkeit der Natur für die Exkremente der Produktion und Konsumtion in der fossilen Zivilisation. Zwar wird das Ende der fossilen Energieträger inzwischen nicht mehr gelehrt; das Öl hat den Höhepunkt der Förderung erreicht oder wird ihn sehr bald erreichen („Peak Oil“). Das Angebot von Öl lässt sich nach dem Peak nicht mehr dauerhaft steigern und daher weisen auch die Preise nach oben. Sicher ist es möglich, kurzfristig die Ölförderung zu erhöhen. Doch ist dies mit hohen Kapitalinvestitionen in die Infrastruktur der Förderung (zumal im Falle „unkonventionellen Öls“, etwa bei Tiefseebohrungen, bei Ölsänden oder bei

polarem Öl), in den Transport (Pipelines), die militärische Sicherung der Transportrouten (etwa am Horn von Afrika) und die Verarbeitung (Raffinerien) verbunden. Da gleichzeitig die Nachfrage nach fossiler Energie in der Welt zunimmt, gehen auf freien, unregulierten Märkten die Preise unweigerlich in die Höhe.

Das ist auch eine Schussfolgerung des schon von der Bush-Regierung in Auftrag gegebenen Berichts über die Folgen von „Peak Oil“ (Hirsch-Report 2005). Der Bericht mahnt daher, mindestens zehn Jahre vor „Peak Oil“ mit dem Umsteuern in Richtung einer nach-fossilen Wirtschaft anzufangen. Der Chefökonom der Internationalen Energie-Agentur Fatih Birol datiert „Peak Oil“ etwa auf das Jahr 2020. Viele Öl-Geologen sind überzeugt, dass Peak Oil bereits erreicht sei (vgl. Exner et al 2011: 83ff.). Das radikale Umsteuern müsste also sofort beginnen – wenn es nicht bereits zu spät ist.

Die Internationale Energieagentur (IEA) berechnet den Investitionsbedarf der Ölindustrie und der dazugehörigen Infrastruktur bis 2030 auf 20 Billionen US-Dollar. Kann man mit riesigen Geldbeträgen die zur Neige gehenden Kohlenwasserstoffe ersetzen? Vorübergehend vielleicht, und man könnte etwas Zeit gewinnen. Doch um die Suche nach nicht-fossilen Auswegen kommt man in Zukunft nicht herum. Die „Abwrackprämie“ mag ja vorübergehend Arbeitsplätze sichern. Doch sie verlängert auch das fossile Energiemodell, aus dem gerade ein Ausweg gefunden werden muss.

Auch im Klimaschutz bieten sich günstige Investitionsgelegenheiten, jedenfalls auf den ersten Blick. Das Volumen des Emissionshandels wird, wenn dieser vom europäischen Handelssystem auf die ganze Welt ausgedehnt würde, bis zu 20 Billionen US-Dollar betragen. Das ist noch in den Zeiten vor Ausbruch der Finanzkrise berechnet worden, als das „Originieren“ von Wertpapieren, z.B. von CO₂-Zertifikaten, ein todsicheres Geschäft zu sein schien. Doch diese Hoffnungen sind heute begraben.

Hinzu kämen noch Investitionen zum Anbau von Agro-Kraftstoffen, um die rückläufige Ölförderung zu kompensieren. Wenn dieser Effekt aber zustande kommt, nicht weil weniger mit dem Auto gefahren wird, sondern weil nun mehr Agrokraftstoffe in den Tank der Autos gefüllt werden, wird die Landnutzung von der Nahrungsmittelproduktion zur Spritdestille umgewidmet. Die unzureichend regulierte Flächennutzungskonkurrenz ist der wichtigste Grund für den starken Preisanstieg bei Nahrungsmitteln im Jahr 2008, für die Zunahme des Hungers und für die Hungerrevolten in vielen Ländern. Weil die fossilen und biotischen Energien zum Teil substituierbar sind, wird es rentabel, bei steigendem Preis fossiler Energie die in Pflanzen gespeicherte biotische Energie als Energiequelle für Motoren zu nutzen.

Es ist ein gutes Geschäft, ganze Landstriche in Monokulturen für Agrosprit zu verwandeln – auch um den Preis des sich ausbreitenden Hungers in der Welt. Und tatsächlich ist „land grabbing“, also die langfristige Pacht von riesigen Ländereien in afrikanischen Staaten oder auch in Russland und Lateinamerika durch Länder mit hohen Devisenreserven, ein expandierender Geschäftszweig, in dessen Gefolge aber Millionen Menschen mit dem Land auch die Nahrung genommen wird.

Und nicht nur dies. Die groß angelegte Produktion von Agrotreibstoffen spitzt alle Widersprüche der „Green Revolution“ zu, von der in den 1970er Jahren die endgültige Beseitigung des Hungers erwartet wurde: Monokulturelle Ländereien, die viel Agrochemie verlangen, nämlich heutzutage genetisch modifiziertes Saatgut, spezielle Dünger und dann den Cocktail von Pestiziden, die ganze Landstriche in chemische Zeitbomben verwandeln. Das hat mit „Agrikultur“ kaum noch etwas zu tun, zumal die Biodiversität schwindet und die Diversität der Landwirtschaft ebenfalls.

Die systemische und daher multiple Krise verlangt also auch multiple, vielfältige Auswege. Das klingt einfach, ist aber schwer zu machen. □

Elmar Altvater

Prof. Elmar Altvater, Hochschullehrer an der FU Berlin (em.) und Mitherausgeber von W&E. Der Beitrag ist im diskursiven Austausch mit den Kolleginnen und Kollegen eines Forschungsprojekts des Österreichischen Klima- und Energiefonds, koordiniert vom Umweltbüro Klagenfurt, entstanden. Die Studie „Save our Surface“, ein Argumentarium und Teilberichte können über folgende Website abgerufen werden: www.umweltbuero-klagenfurt.at/sos/?page_id=105. Für die Argumentation ist der Autor allein verantwortlich.

Hinweise:

* Altvater, Elmar (2010): *Der große Krach oder die Jahrhundertkrise von Wirtschaft und Finanzen, von Politik und Natur*, Westfälisches Dampfboot: Münster

* Diamond, Jared (2006): *Kollaps. Warum Gesellschaften überleben oder untergehen*, Frankfurt am Main

* Enquete Kommission (2002): *Schlussbericht der Enquete-Kommission Globalisierung der Weltwirtschaft*, hg. vom Deutschen Bundestag, Leske + Budrich: Opladen

* Exner, Andreas et. al. (2011): *Kämpfe um Land. Gutes Leben im post-fossilen Zeitalter*, Mandelbaum: Wien

* Heinberg, Richard (2007): *Peak Everything: Waking Up to the Century of Declines*, Gabriola Island

* Hirsch-Report (2005). Hirsch, Robert L./Bezdek, Roger/Wending, Robert: *Peaking of World Oil Production: Impacts, Mitigation, & Risk Management*, über: www.netl.doe.gov/energy-analyses/pubs/Oil_Peaking_NETL.pdf